

Kein Fußbreit dem Faschismus

Die SPD ist das Bollwerk gegen den Faschismus. In ihrer langen Tradition hat sich die SPD mit voller Kraft und lauter Stimme rechten Tendenzen in unserem Land entgegengestellt. Die Sozialdemokratie beugt sich nicht vor denen, die sich gegen Freiheit und Demokratie stellen. Das ist eine Frage der Haltung und des politischen Kompasses.

Seit einigen Jahren versuchen Rechtspopulisten, Faschisten und Rechtsextreme unseren Staat ins Wanken zu bringen. Kompromisse, die in einer Demokratie unabdingbar sind, und demokratisches Handeln werden diskreditiert und populistische Scheinlösungen verbreitet. Der politische Referenzrahmen soll zunehmend verschoben werden. Unsagbares wird mit der Zeit sagbarer. Schritt für Schritt soll damit unsere Gesellschaft nach rechts rücken, während dabei getan wird, als sei dies Normalität. Dadurch ist die Hemmschwelle für Gewalt zunehmend gesunken. Aus Worten werden Taten. Das haben wir in Hessen in den vergangenen Jahren an vielen schrecklichen Beispielen erleben müssen. Zahlreiche Menschen sind Opfer rechtsterroristischer Gewalt geworden: Der Mord an Dr. Walter Lübcke und der Anschlag von Hanau waren keine Einzelfälle, sondern Ergebnis von rechtem Hass und rechter Hetze.

Die SPD steht solidarisch an der Seite derjenigen, die sich für Demokratie und Freiheit einsetzen. Wir werden rechter Gewalt in Hessen keinen Raum geben. Die seit 2018 kursierenden Drohschreiben mit der Unterschrift *NSU 2.0* zeigen auf, wie akut die Bedrohungslage von rechts ist. Personen des öffentlichen Lebens, Journalisten sowie Politikerinnen und Politiker werden gezielt Opfer von Einschüchterungsversuchen. Gleichzeitig versagt die schwarzgrüne Landesregierung bei der Aufarbeitung der Verbrechen. Dies ist ein Schlag ins Gesicht für alle Opfer und Hinterbliebenen.

Öffnung der NSU Akten

Wir fordern die schwarzgrüne Landesregierung dazu auf, endlich für Transparenz und Aufklärung zu sorgen: Die Blockade bei der Öffnung der NSU-Akten ist ein Trauerspiel für die Demokratie. Mit dem Mord an Halit Yozgat in Kassel, der dem NSU zugeschrieben wird, ist viel Vertrauen in den Rechtsstaat verloren gegangen. Dieses Vertrauen wiederherzustellen ist Aufgabe der Landesregierung, die sich dieser aber konsequent verweigert. Wir schulden es den Opfern und Hinterbliebenen, dass Verbrechen aufgeklärt werden. Dazu kann die Öffnung der Akten einen wichtigen Beitrag leisten. Stattdessen schaut die Landesregierung weg. Im Bundestag verlangen die Oppositionsgrünen beim Thema NSU genau das, was die Regierungsgrünen im Hessischen Landtag verweigern: Aufklärung und Transparenz. Zwischen den Worten der Grünen in der Opposition und ihrem Handeln in der Regierung liegen Welten. Das wird im Umgang mit den Petitionen zu den NSU-Akten so deutlich wie selten zuvor. Wir stehen solidarisch zu den 130.000 Unterzeichnern der Petition zur Öffnung der NSU-Akten. Mit der SPD haben sie eine verlässliche Partnerin.

Landesstiftung für Demokratie, Aufklärung und politischer Bildung

Wir wollen eine Landesstiftung für Demokratie, Aufklärung und politische Bildung zur Erinnerung an Halit Yozgat, Enver Simsek und Walter Lübcke, finanziert durch das Land Hessen, schaffen. Zweck einer Landesstiftung für Demokratie, Aufklärung und politische Bildung soll primär sein, das Gedenken an die Opfer rechtsextremer Gewalt zu wahren, politische Bildung

zu organisieren und praktische Hilfe für Opfer von rechter Gewalt und ihre Familien zu gewährleisten. Eine Stiftung könnte diese Bündelung an Kompetenzen institutionalisieren. Wir wollen eine Beteiligung der genannten Expertinnen und Experten und der zivilgesellschaftlichen Akteure und Institutionen. Ferner ist das Ziel, weitere Institutionen im Bereich Rechtsextremismus als Partner für gute Projekte einzubinden oder im Rahmen von Think Tanks spezifische Fragen zu diskutieren und Lösungsvorschläge zu erarbeiten, um die Kompetenzen der Stiftung langfristig weiter auszubauen.

Antirassismus fördern

Wir setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, dass Initiativen und Programme gegen Rechtsextremismus nachhaltig finanziert werden. Engagement, Aufklärung und Sensibilisierung als Teil einer umfassenden Prävention dürfen nicht am Geld scheitern. Wir wollen verstärkt Mittel aus Programmen wie „Demokratie leben“ des Bundesfamilienministeriums auch in die Region holen. Dazu gehört es auch, den Opferschutz entsprechend zu reformieren und auszuweiten. Die Reform des sozialen Entschädigungsrechts durch die Bundesregierung sehen wir als einen notwendigen Schritt in die richtige Richtung.

Gesetz zur Stärkung und Förderung der wehrhaften Demokratie

Zu einer umfassenden Strategie gegen Rechtsextremisten und Antisemiten gehören auch Prävention und Deradikalisierung. Dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nach wie vor das Gesetz zur Stärkung und Förderung der wehrhaften Demokratie blockiert, ist nicht zu rechtfertigen. Denn eine langfristige und verlässliche Finanzierung von Initiativen im Bereich der Demokratieförderung und Extremismusprävention ist nur durch eine gesetzliche Grundlage für die Fördertätigkeit des Bundes zu erreichen.

Unabhängige Meldestelle für diskriminierende und rassistische Vorfälle bei der Polizei

Wir fordern eine unabhängige Meldestelle für diskriminierende und rassistische Vorfälle bei der Polizei. Die jüngsten Ereignisse rund um den Vorfall der SEK Frankfurt hat aufgezeigt, was die SPD schon lange betont: Wir reden nicht von Einzelfällen. Erst auf Druck der SPD und der Zivilgesellschaft hat sich der CSU-Innenminister im Bund, Horst Seehofer, dazu durchgerungen, einer Rassismus-Studie in der Polizei zuzustimmen.

Hessen braucht eine neue Führung im Innenministerium

Hessen braucht nicht nur einen fundamentalen Neustart für das SEK, sondern vor allem an der Spitze des Innenministeriums. Minister Beuth weigert sich standhaft, die politische Verantwortung für die mangelhafte Führungskultur bei der hessischen Polizei zu übernehmen. Mit der Auflösung des SEK in Frankfurt bekämpft der Innenminister erneut nur ein Symptom, nicht die Ursache des Problems. Er fordert eine neue Führungskultur auf den unteren Ebenen, dabei braucht die hessische Polizei eine neue Führungskultur auf der obersten Ebene – im Ministerium. Denn von dort wird seit den Zeiten, als Volker Bouffier noch Innenminister war, widerspruchsloser Gehorsam gegenüber der politischen Führung verlangt. Beuth hatte sieben Jahre Zeit, das zu ändern und eine andere Führungskultur zu gestalten. Er hat es nicht getan. Deswegen werden die Polizeibeamten in Hessen bis heute zerrieben zwischen dem Druck, der von höchster Stelle in alle Dienststellen durchgereicht wird, und dem harten Arbeitsalltag. Wenn der Minister nun meint, die vielfältigen Probleme innerhalb der hessischen Polizei ließen

sich per Anweisung von oben lösen, dann zeigt das nur, dass er nichts verstanden hat. Peter Beuth ist nicht Teil der Lösung, er ist Teil des Problems.